

Schriftliche Frage Nr. 167 vom 27. März 2017 von Herrn Balter an Herrn Minister Antoniadis bezüglich der Zahl der Empfänger von Eingliederungseinkommen¹

Frage

Am 20. März 2017 berichtete das Grenz Echo zum Anlass des vierzigjährigen Jubiläums des ÖSHZ vom drastischen Anstieg der Empfänger von Eingliederungseinkommen, was als Indikator für wachsende Armut innerhalb der DG angesehen werden muss. Der BRF griff dieses Thema ebenfalls in einem Beitrag vom 23. März 2017 auf. Tenor dieser beiden Beiträge war die Tatsache, dass die Zahl der Empfänger von Eingliederungseinkommen seit 2006 fast verdoppelt hat. Vor allem niedrigqualifizierte Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren seien von dieser Armutsentwicklung betroffen, da sie oft über keinen schulischen oder beruflichen Abschluss verfügten. In diesem Zusammenhang erklärte der Raerener ÖSHZ-Präsident Ulrich Deller gegenüber dem BRF: „Fast zwei Drittel der jungen Erwachsenen in Raeren haben keine Ausbildung und zum Teil auch eine abgebrochene Sekundarschul-Ausbildung. Es ist hochkompliziert, sie vernünftig in Brot und Arbeit zu bekommen. Da fehlen uns aktuell die Instrumente und ich hoffe sehr, dass wir auf der Ebene der Deutschsprachigen Gemeinschaft in der Lage sind, sie zu entwickeln.“

Es bleibt hier anzumerken, dass die verschiedenen Einrichtungen der DG die betroffenen Jugendlichen und junge Erwachsene über Jahre begleitet haben, was jedoch nichts zur Verbesserung dieser Fehlentwicklung beigetragen hat; hier wäre sicherlich eine Prozessoptimierung und Überprüfung gemeinsam mit ihrem Kollegen Mollers zwingend angebracht.

Meine Fragen an Sie hierzu:

- Inwiefern erklären Sie diese drastische Zunahme von Anträgen auf Eingliederungseinkommen in Bezug auf die Gruppe der Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren, trotz stetiger Präsenz und Unterstützung durch öffentliche Einrichtungen wie Schule, das ZAWM oder gar Kaleido²?
- Lässt diese Entwicklung Schlüsse auf die Effektivität und Akzeptanz dieser Einrichtungen in der DG schließen? Welche Korrekturen wurden vorgesehen oder sind geplant?
- Was unternimmt die Regierung in puncto Ursachenforschung und welche Maßnahmen sollen getroffen werden, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?
- Gibt es regelmäßige Treffen zwischen den ÖSHZ der DG, dem Unterrichtsminister und Ihnen um die entsprechende negative Entwicklung zu analysieren und Maßnahmen zu besprechen. Wenn Ja, was wurde bis dato beschlossen? Wenn nein, warum nicht?
- Der Statistikdienst der DG hat bis dato nur die Zahlen bezüglich des Eingliederungseinkommens bis 2015 veröffentlicht. Können Sie uns die Zahlen für 2016 nachreichen?

Antwort

- 1. Inwiefern erklären Sie diese drastische Zunahme von Anträgen auf Eingliederungseinkommen in Bezug auf die Gruppe der Jugendlichen zwischen 18 und 24 Jahren, trotz stetiger Präsenz und Unterstützung durch öffentliche Einrichtungen wie Schule, das ZAWM oder gar Kaleido¹?**

¹ Die nachfolgend veröffentlichten Texte entsprechen den hinterlegten Originalfassungen.

² KALEIDO OSTBELGIEN, „Jugendliche“, in *Kaleido. Zentrum für gesunde Entwicklung von Kindern und Jugendlichen*, [online], URL: <http://www.kaleido-ostbelgien.be/desktopdefault.aspx/tabid-4914/> (Seite konsultiert am 27.03.2017; letzte Aktualisierung 2017).

Vorab sei erwähnt, dass die Deutschsprachige Gemeinschaft weder für die Festlegung der Bedingungen noch für die Kontrolle der Gewährung des Eingliederungseinkommens und der Sozialhilfe zuständig ist, sondern der Föderalstaat.

Zur Zahlenerhebung allgemein

Die Statistiken zu den Empfängern von Eingliederungseinkommen erhält der Fachbereich Familie und Soziales vom Föderalen Öffentlichen Dienst Soziale Eingliederung. Zurzeit liegen die Gesamtzahlen bis 2015 und die monatlichen Zahlen bis September 2016 vor.

Der FÖD Soziale Eingliederung erfasst die Daten auf zwei Ebenen: die Gesamtzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres Eingliederungseinkommen erhalten haben sowie die Zahl der Personen, die pro Monat Eingliederungseinkommen erhalten. Aus diesen letzten Angaben errechnet man pro Jahr den monatlichen Durchschnitt. Ein kurzes Beispiel: Es wenden sich im Laufe des Jahres 100 Personen an ein ÖSHZ zwecks Erhalt des Eingliederungseinkommens. Aber nicht alle 100 Personen stellen im selben Monat einen Antrag an das ÖSHZ und nicht alle erhalten während der gleichen Dauer Eingliederungseinkommen. Die Gesamtzahl pro Jahr beläuft sich also in diesem Beispiel auf 100 Personen. Der monatliche Durchschnitt liegt aber bei 80 Personen.

Der monatliche Durchschnitt der ÖSHZ-Kunden im Alter von 18 – 24 Jahren für 2016 lag - bis zum Monat September - bei 237 Personen. 2015 haben sich insgesamt 397 18- bis 24-Jährige an ein ÖSHZ gewandt. Das sind 6 % mehr als 2014 und 36 % mehr als 2006.

ÖSH Z		200 6	200 7	200 8	200 9	201 0	201 1	201 2	201 3	201 4	201 5	zu 2014	zu 2006
DG	18- 24	291	312	318	353	398	377	353	363	373	397	6%	36%

Diese Steigerung um 6 % lässt sich durch die Befristung der Zahlung der Berufseingliederungszulage für maximal 3 Jahre erklären, die 2012 von der Föderalregierung eingeführt wurde. Seitdem erhalten Person, die 2012 zum ersten Mal die Berufseingliederungszulage erhalten haben, diese maximal drei Jahre lang. Sie mussten sich also ab 2015, falls nötig, ans ÖSHZ wenden.

Um diese Zahlen genauer analysieren zu können, muss eine Anfrage an den Statistikdienst des FÖD Soziale Eingliederung gerichtet werden. Dies hat der Fachbereich Familie und Soziales im zweiten Halbjahr 2016 getan. Vom FÖD haben wir Gesamtangaben bis Ende 2015 erhalten und monatliche Zahle für den Zeitraum bis Mai 2016.

Das gelieferte Datenmaterial wurde Anfang 2017 ausgewertet (siehe Anlage I). Aus dieser Analyse geht hervor, dass von den 237 Personen insgesamt 88 Studenten oder Schüler sind. Mit 38 % sind sie mehr als ein Drittel aller Empfänger von Eingliederungseinkommen. Laut Aussage der ÖSHZ ist dieses Zielpublikum allerdings keine Problemgruppe, da die meisten dieser jungen Erwachsenen nach Abschluss des Studiums nicht mehr zwingend auf Hilfe vom ÖSHZ angewiesen sind.

Bleiben noch 145 Personen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren, die weder in Ausbildung sind noch ein Studium absolvieren. Hinzu kommen noch 26 Personen, die statt Eingliederungseinkommen gleichgestellte Sozialhilfe erhalten. Wir haben es insgesamt also in den ersten fünf Monaten des Jahres 2016 mit 171 Personen dieses Zielpublikums zu tun.

Genauere Aufschlüsselung

Männer sind etwas mehr betroffen als Frauen (53 % zu 47 %). Die Mehrheit ist alleinstehend (51 %), 34 % sind Mitbewohner, 15 % besitzen das Statut „Personen mit Familie zu Lasten“. Auffallend ist der Anteil der Personen, die weder die belgische Staatsbürgerschaft noch eine Nationalität eines EU-Mitgliedsstaates besitzen: 27 %. Das ist fast doppelt so hoch wie die Zahl der EU-Bürger, die Eingliederungseinkommen beziehen (14 %). 59 % sind Belgier.

2. Was unternimmt die Regierung in puncto Ursachenforschung und welche Maßnahmen sollen getroffen werden, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken?

Allgemeine Erkenntnisse

In Bezug auf die Entwicklung der Zahl der Empfänger von Eingliederungseinkommen liegen Studien des FÖD zur Zielgruppe der Studenten vor. Als Studenten gelten auch diejenigen, die ihren Sekundarschulabschluss nachholen. Die Gruppe der Studenten macht, wie oben erwähnt, in etwa 38 % der Empfänger von Eingliederungseinkommen aus.

Studien des FÖD Soziale Eingliederung zu anderen Empfängern von Eingliederungseinkommen als Studenten sind uns derzeit nicht bekannt. Allgemeine Erklärungen zur aktuellen Entwicklung hat Frau M. De Wilde, Forscherin am „Centrum voor Sociaal Beleid Hermann Deleek“ der Universität Antwerpen anlässlich der 40-Jahr-Feier der ÖSHZ gegeben. Sie sprach von gesellschaftlichen Verschiebungen:

- Strukturelle Arbeitslosigkeit bei Personen mit geringer Bildung und/oder mit wenig produktiven Fertigkeiten
- Migration
- Individualisierung und Destabilisierung der Familien
- Verlängerung der Schullaufbahnen
- Institutionelle Veränderung in der Sozialen Sicherheit
 - Gesetzgebung
 - Degressivität der Auszahlungsbeträge
 - Strengere Bedingungen für Wartegeld/Eingliederungszulagen
 - Erweiterung der Wartezeit/beruflichen Eingliederungen, bereits seit den 1980-er Jahren
 - Strengere Altersbedingungen
 - Zusätzliche Diplomanforderungen für Personen unter 21 Jahren
 - Ausführungspraxis
 - Verstärkte Kontrolle der Arbeitslosigkeit, mit Sanktionen
 - Mehr Kontrolle über das Verhalten zur Arbeitssuche
 - Geringe Unterschied zwischen Eingliederungseinkommen und Mindestlohn

Es gibt bereits verschiedene Maßnahmen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft, die präventiv wirken sollen bzw. einen Ausweg aus dieser Situation ermöglichen sollen. Hier sind große Investitionen in das Unterrichtswesen und die Ausbildung zu erwähnen, die Beschäftigungsreform, der Ausbau der Kleinkindbetreuung, Maßnahmen, die, zum Teil über den ESF gefördert werden sowie Maßnahmen im Bereich der Armutsbekämpfung.

Erkenntnisse aus den 9 ÖSHZ Ostbelgiens

Darüber hinaus habe ich Ende Juni 2016 eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die sich mit den Problemen besonders prekarisierter, junger ÖSHZ-Kunden beschäftigt. Bei dieser Zielgruppe, die nur schwer (oder gar nicht) sozial-beruflich integriert werden kann, sind folgende Belastungsfaktoren zu erkennen: psychische Erkrankung, Drogenkonsum, keine oder eine abgebrochene Ausbildung, Schulden, familiäre Probleme und mangelnde soziale Kompetenz. Unter „jungen“ ÖSHZ-Kunden verstehen die Mitglieder der AG Personen im Alter zwischen 18 und 30 Jahren.

Neben Vertretern der ÖSHZ sind ein Mitarbeiter meines Kabinetts sowie Fachkräfte aus dem Fachbereich Familie und Soziales, dem Fachbereich Senioren und Gesundheit sowie aus dem Fachbereich Kultur und Jugend Teil der AG.

Zunächst haben die ÖSHZ anhand der o. e. Belastungsfaktoren eine Liste ihrer jungen Kunden erstellt. In einem zweiten Schritt haben die Sozialassistenten geprüft, ob es sich um eine Problemsituation handelt oder nicht. Als Problemsituation gilt eine Situation, bei der bereits eine Vielzahl an Hilf- und Unterstützungsmaßnahmen ergriffen wurde, diese jedoch vom Jugendlichen abgebrochen wurden.

So haben sie knapp 100 „Problemsituationen“ ausfindig machen können. Auffällig ist dabei: 74 % dieser Personen haben keine Ausbildung abgeschlossen, in 63 % der Fällen mangelt es an sozialen Kompetenzen und in 61 % liegen familiäre Probleme vor.

Man n	Frau	unter 25 J.	25 - 30 Jahre	Psych - belast et	Familie n- Proble me	Alleinerzieh end	Drog en etc.	Schuld en	Keine (Aus-) Bildu ng	Gew alt	Obdachl os	Student / in Ausbildu ng	Gel d
56 %	43 %	57 %	44 %	61%	55%	19%	34 %	32%	74%	9%	7%	16%	5 %

Die AG hat in der Folge anhand von Fallbeispielen Vorschläge erarbeitet, wie diesen Personen geholfen werden könnte.

Anschließend werden diesen Vorschlägen die bereits bestehenden Maßnahmen und die noch erforderlichen Maßnahmen gegenübergestellt.

3. Lässt diese Entwicklung Schlüsse auf die Effektivität und Akzeptanz dieser Einrichtungen in der DG schließen? Welche Korrekturen wurden vorgesehen oder sind geplant?

Wie Sie erkennen können, sind die Ursachen vielschichtig und komplex. Aus diesem Grund ist es wichtig, dass in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen Entscheidungsebenen entsprechende Maßnahmen getroffen werden.

Diese Entwicklung mit der Effektivität der Einrichtungen in Ostbelgien in Verbindung zu bringen, entbehrt jeder Grundlage. Auch wenn wir stetig an der Optimierung unserer Dienste arbeiten (Optimierungsanalyse RZKB, FH Köln für die sozialen Treffpunkte....) wurde bei dem letzten Forum zu den niederschweligen Familien- und Beratungsangeboten nochmals deutlich, dass es eine Vielzahl von niederschweligen Diensten in Ostbelgien gibt. Aus dem Forum wurde ebenfalls deutlich, dass es viele unterschiedliche Gründe geben kann, warum Dienste nicht von den Bürgern beansprucht werden. Dies ist aber ein anderes Thema.

Sowohl die Erkenntnisse, die aus den Föderalen Armutsberichten geschlossen werden können als auch die Feststellungen der Uni Mons, dienen dazu Verbesserungslösungen auszuarbeiten. Dabei denke ich unter anderem an die Verbesserung des Netzwerkes innerhalb der verschiedenen sozialen Einrichtungen.

Treffen zwischen Unterrichtsminister und ÖSHZ

Die Regierung tauscht regelmäßig über die Entwicklungen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft aus. Unter anderem aus diesem Grund wird kontinuierlich in Bildung investiert. Denn Bildung ist die beste Prävention in diesem Bereich.

Ich treffe die ÖSHZ Präsidenten und Sozialarbeiter mehrmals jährlich, um über Entwicklungen in der Sozialpolitik auszutauschen und Maßnahmen zu entwickeln. Auf Grundlage dieser Treffen habe ich auch die Initiative zur Schaffung der AG der jungen ÖSHZ Kunden ergriffen. Wie Sie gelesen haben, sind in dieser AG mehrere Bereiche vertreten. Es ist gut möglich, dass die AG um Vertreter des Unterrichtswesens erweitert wird. Diese Anregung werde ich der AG gerne übermitteln.

Durch den Statistikdienst der Deutschsprachigen Gemeinschaft wurden bislang nur die Zahlen bezüglich des Eingliederungseinkommens bis 2015 veröffentlicht.

Wie schon zu Beginn meiner Antwort erwähnt, werden die Statistiken durch den FÖD Soziale Eingliederung erfasst. Sobald uns die Statistiken für das Jahr 2016 zur Verfügung stehen, werde ich diese selbstverständlich nachreichen.

Anlage I - Statistiken Empfänger Eingliederungseinkommen im Alter - 18 bis 24 Jahre - monatlicher Durchschnitt ersten fünf Monate 2016

Stand Mai 2016	Empfänger Eingliederungseinkommen 18 - 24 Jahre mit den Studenten		Empfänger Eingliederungseinkommen 18 - 24 Jahre ohne Studenten		Empfänger gleichgestellte Sozialhilfe 18 - 24 Jahre (keine Studenten)		Total ohne Studenten		Total Studenten	
	Anzahl	Proporz	Anzahl	Proporz	Anzahl	Proporz	Anzahl	Proporz	Anzahl	Proporz
Gesamtzahl	233	100%	145	100%	26	100%	171	100%	88	100%
Frauen	121	52%	68	47%	13	50%	81	47%	53	60%
Männer	112	48%	77	53%	13	50%	90	53%	35	40%
Mitbewohner	95	41%	49	34%	13	50%	62	36%	46	52%
Alleinstehend	108	46%	74	51%	7	27%	81	47%	34	39%
Familie zu Lasten	30	13%	22	15%	6	23%	28	16%	8	9%
Belgier	152	65%	86	59%	0	0%	86	50%	66	75%
EU-Bürger	40	17%	20	14%	0	0%	20	12%	20	23%
Non-EU-Bürger	41	18%	39	27%	26	100%	65	38%	2	2%

Quelle: www.mi-is.be, Bearbeitung Ministerium 11/01/2017